Mietschulden werden zum Problem, Tesla-Aktie fällt um 8 Prozent, Weltweite Armut steigt

Mietschulden werden zum Problem

Wegen der explodierenden Energiekosten haben mehrere Verbände vor Mietschulden durch hohe Nachzahlungen gewarnt. Zur Nachzahlung bei der Jahresabrechnung komme später ein höherer monatlicher Abschlag für die Folgezeit hinzu. Das wird viele Menschen künftig deutlich finanziell mehr belasten. Auch die Nachfrage nach Hilfsangeboten der Schuldnerberatungen sei zuletzt erheblich gestiegen. Ein Ende der stark steigenden Energiekosten ist nicht in Sicht. Nachzahlungen sind unumgänglich, falls sich Mieter und Vermieter nicht auf eine Anpassung der Vorauszahlung einigen. Aktuell gelten in Deutschland mehr als drei Millionen Haushalte als überschuldet. (Spiegel Online)

Tesla-Aktie fällt um 8 Prozent

Die Anleger von Tesla sind alarmiert: Aufgrund aufgekommener Vorwürfe gegen Elon Musk wegen sexueller Belästigung, sackte der Kurs der Tesla-Aktie ab. Der Technologie-Milliardär Elon Musk hat Belästigungsvorwürfe aus dem Jahr 2016 entschieden zurückgewiesen. (Manager Magazin)

Weltweite Armut steigt

Die anhaltende Corona-Pandemie und steigende Preise für Energie und Lebensmittel befeuern weltweit Armut und soziale Ungleichheit. 260 Millionen Menschen (!!!) seien gefährdet, 2022 in extreme Armut abzurutschen, heißt es in einem Bericht der Entwicklungsorganisation Oxfam. Gleichzeitig ist die Zahl

der Milliardärinnen und Milliardäre auf der Welt laut Oxfam seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 deutlich gewachsen. Ihr Vermögen stieg demnach um 42 Prozent (!) an. Vor der Pandemie habe die Ungleichheit zwischen den Ländern abgenommen. Derzeit nehme sie bedauerlicherweise wieder zu, wobei die enorme Auslandsverschuldung die Erholung vieler Staaten behindere. 60 Prozent der einkommensschwachen Länder stehen demnach am Rand der Zahlungsunfähigkeit der Schulden. Ein weiteres Problem: Die weltweiten Lebensmittelpreise seien im vergangenen Jahr um 33,6 Prozent gestiegen und für 2022 werde ein Anstieg um weitere 23 Prozent erwartet. (Zeit Online)